

Schutz des Regenwaldes belastet Thüringer Waldbauern

Waldbauern sollen für jeden Festmeter Holz, den sie verkaufen, eine Menge Daten liefern – und das ab Januar. Sie müssen beweisen, dass alles rechtens ist. Doch kaum jemand von ihnen weiß, wie das gehen soll. Das kostet wieder einmal Nerven und Geld, klagen die Waldbauern.

Von Birgitt Schunk

FLOH-SELIGENTHAL. Holz machen im eigenen Wald und dem Nachbarn im Dorf ein paar Festmeter verkaufen – das wird ohne Weiteres ab Januar nicht mehr so einfach gehen. „Brüssel hat sich wieder etwas Neues einfallen lassen, um den Waldeigentümern das Leben schwer zu machen“, sagt Matthias Pfannstiel, der Präsident des Thüringer Waldbesitzerverbandes. Ab 2025 müssen sie nachweisen, dass ihr Holz für den Verkauf „legal und entwaldungsfrei“ ist. Aus seiner Sicht „ein absoluter Nonsens – ein Kontrollwahn durch die Europäische Union.“ Schließlich seien Kahlschläge in Deutschland ohnehin verboten, die Forstbehörden kontrollierten. „Wir haben die strengsten Waldgesetze der Welt – hier kann kein Waldbesitzer machen, was er will und alles abholzen.“ Nun aber sollen die Waldbauern extra noch mal nachweisen, dass alles mit rechten Dingen zugeht bei der Holzerte.

Angabe von Breiten- und Längengraden

Sie müssen künftig eine Sorgfaltserklärung abgeben: Holzart, Menge und Erzeugerland zu melden sind dabei die leichtesten Übungen – die Fakten wären schnell notiert. Name, Anschrift und E-Mail-Adresse aller Unternehmen oder Händler, an die das Holz geliefert wurde, müssen ebenso beigefügt werden. Doch Brüssel will mehr. „Es geht um die Geolokalisierung aller Grundstücke, auf denen das Holz produziert wurde – das muss per GPS mit Angabe von Breiten- und Längengrad mit mindestens sechs Dezimalstellen genau gemacht werden“, kann Pfannstiel nur den Kopf schütteln. Und der Waldeigentümer müsse schlüssig prüfbare Informationen liefern, dass die betroffene Fläche entwaldungsfrei ist und dessen Nutzung nicht gegen Rechtsvorschriften verstößt. „Das ist ein nicht beherrschbarer Bürokratiemoloch, der da auf uns zukommt“, sagt der ehrenamtliche Präsident aus Floh-Seligenthal, der selbst als Forstunternehmer tätig ist.



Ein Harvester beim Fällen von Fichten. Ab 2025 müssen Waldbauern nachweisen, dass ihr Holz für den Verkauf „legal und entwaldungsfrei“ ist.

Foto: dpa/Bernd Wistneck



„Wir haben die strengsten Waldgesetze der Welt – hier kann kein Waldbesitzer machen, was er will und alles abholzen.“

Matthias Pfannstiel
Präsident des Thüringer
Waldbesitzerverbandes.

Waldgebiete des Amazonas in Südamerika, des Kongos in Zentralafrika und Südostasiens betreffen. „Da muss man nicht bei den Wald-

eigentümern in Deutschland anfangen mit solchen neuen Gängeleien, wo die Forstbehörden ohnehin die Hoheit haben – außerdem haben in der EU die Waldflächen zwischen 1990 und 2020 um zehn Prozent zugenommen.“ Doch das spiele offenbar keine Rolle.

Es gilt das Gleichheitsprinzip

Weil das Gleichheitsprinzip gelten sollte, würde der Waldbesitzer in Deutschland genauso behandelt wie die Anbauer von Kaffee oder Soja in anderen Ländern. „Und das geht einfach nicht, bei uns liegen andere Voraussetzungen vor“, so der Waldbesitzerverbandspräsident. Dessen Verband fordert deshalb, diese Regelung auszusetzen oder zumindest eine Risikoklasseneinstufung vorzunehmen, nach der die Auflagen für die heimischen Waldbauern generell abgemildert werden könnten. Entsprechende Forderungen wurden auch zur Agrarministerkonferenz jüngst in Oberhof aufgemacht.

Insgesamt betrifft die EU-Verordnung Produkte wie Kakao, Kaffee, Palmöl, Kautschuk, Soja, Rinder und eben Holz. Hinzu komme noch, dass die Umsetzung in den Sternen stehe. „Die neue Regelung soll schließlich ab Januar greifen, aber nichts ist

klar“, beklagen Waldbauern. Die künftig erforderlichen Angaben sollen in ein EU-Informationssystem eingegeben werden, das noch nicht praxistauglich anwendbar sei. Sogar das Bundeslandwirtschaftsministerium in Berlin hat sich in Brüssel für eine Verschiebung des Starts dieser EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte ausgesprochen und das offiziell beantragt. Gefordert wird, erst einmal die notwendigen Grundlagen für eine effiziente Anwendung zu schaffen. Das Bundeslandwirtschaftsministerium „verfolgt den Stand der noch ausstehenden Arbeiten zur Umsetzung der EUDR in Brüssel mit großer Besorgnis“, heißt es aus Berlin auf Nachfrage dieser Zeitung. Generell in Frage gestellt wird die Verordnung aber nicht.

Viele Fragen noch offen

Die EU-Kommission hat bisher kein Benchmarking-System vorlegen können, dass das Entwaldungsrisiko von Ländern oder Landteilen mit hoch, mittel oder niedrig bewertet. „Alles wird über einen Kamm geschoren, damit ergeben sich erhebliche Rechtsunsicherheiten für die Betriebe und Unternehmen in Deutschland“, sagt Pfann-

stiel. Viele Fragen zur Anwendung der Verordnung seien nach wie vor unbeantwortet – gerade im IT-Bereich. Auch der offizielle Leitfaden zur Unterstützung der zuständigen Behörden und Anwender liege noch nicht vor. „Wir wissen außerdem, dass das EU-IT-System zu weiten Teilen immer wieder ausfällt.“ Die EU-Kommission plane ab Oktober 2024 ein Trainings-Programm hierfür. „Vertreter der Mitgliedstaaten sollen geschult werden – doch bisher ist nicht mal bekannt, welche Personen dafür vorgesehen sind. Das kann nicht funktionieren.“ Er mag gar nicht daran denken, wie die Ehrenamtlichen in den Waldgenossenschaften und Forstbetriebsgemeinschaften diesen Aufwand beherrschen sollen.

Tausende Euro Kosten

Doch es geht nicht nur um Zeit, sondern auch um Geld. Die Pläne der EU sind mit Kosten verbunden, denn sie binden Personal. „Kostenschätzungen für den Ersterhebungsaufwand, um diesen Auflagen nachzukommen, ergeben bei einer großen Forstbetriebsgemeinschaft inklusive Erfassung der Geodaten der Mitglieder bis zu 100 000 Euro“, sagt Pfannstiel. „Bei rund 1600 Holz-

verkaufsabrechnungen pro Jahr fallen weitere 28 000 Euro für die Erstellung der Sorgfaltserklärungen an.“ Das sei nicht leistbar von den zum Teil stark gebeutelten Waldbesitzern, die wegen dem Borkenkäfer immens viel Holz verloren haben.

Branche erwartet schwere Zeiten

Auch die Deutsche Säge- und Holzindustrie läuft Sturm gegen die Pläne. Julia Möbus, die Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Deutschen Säge- und Holzindustrie, spricht von „einer unverhältnismäßigen bürokratischen Belastung, welche die Unternehmen in einer viel zu kurzen Umsetzungsfrist vor eine schier unlösbare Aufgabe stellt.“ Der Verband unterstütze das Ziel der EU, die globale Entwaldung und Waldschädigung zu stoppen ausdrücklich. Doch in Deutschland bestehe dieses Risiko nicht. Die Branche sieht schwere Zeiten auf sich zukommen. „Da für die Umsetzung in der Praxis auch vier Monate vor dem Start weder alle rechtlichen noch technischen Fragen geklärt sind, sind Verwerfungen in der Wertschöpfungskette vom Waldbesitz über die Säge- und Holzindustrie bis zu den Zimmerern und Möbelerstellern vorprogrammiert“, so Möbus.